



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 1 / 2009

Nr. 27 – Das deutsche Stadtblatt – im Kampf gegen die Dummheit

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76 Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

ePost: info@auslaenderstopp.de

Redebeitrag der BIA zum „Menschenrechtsbericht“ im Stadtrat

Menschenrechte auch für Deutsche

Bei allen schönen Berichten über die Menschenrechtsarbeit in Nürnberg, die wir heute wieder gehört haben, frage ich mich, ob die Menschenrechte auch für die Betreiber des Bekleidungsgeschäftes „Tonsberg“ gelten, die einer unglaublichen Boykotttete durch den Herrn Oberbürgermeister, dem unersetzlichen Juwel des Stadtrates, Herrn Hamburger, einem gewissen Herrn Doll vom DGB, und anderen ausgesetzt sind.

Dies stellt einen klaren Fall von direkter Diskriminierung dar, weil niemand wegen seiner „Weltanschauung“ und „politischen Überzeugung“, oder weil er z.B. völlig legal Kleidung verkauft, diskriminiert werden darf.

Und es ist ein Verstoß gegen das geltende Antidiskriminierungsgesetz, welches offensichtlich nur einseitig angewendet werden soll. Solange die „Menschenrechte“ nicht auch für alle Deutschen gelten, bezichtige ich Sie, meine Damen und Herren, der Heuchelei, wenn Sie hier und heute von Menschenrechten reden.

In Wahrheit geht es Ihnen um



„Menschenrechte“ sind die Ideologie der USA, um weltweit ihren Imperialismus zu verbreiten.

die Diskriminierung und Ausgrenzung national denkender Bürger und um die Etablierung eines Vielvölkerstaates in Deutschland.

Das Anliegen der vorliegenden „Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ ist deshalb weniger die Durchsetzung von tatsächlichen und vermeintlichen Menschenrechten, sondern die Propagierung und Förderung der „multikulturellen Gesellschaft“ als erstrebenswerte Form des Zusammenlebens.

Zum Glück hat die Mehrheit des Nürnberger Stadtrates kei-

nen Einfluß auf Bundesgesetze, sonst hätten wir bereits das uneingeschränkte Wahlrecht für alle Ausländer und das Grundgesetz, in dem es in Art. 20, Abs.2 heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, wäre nur noch Makulatur.

Nicht zur Sprache kommt bei Ihren Betrachtungen das elementare Recht aller Völker auf „Selbstbestimmung“.

Dies schließt das Recht jeden Volkes ein, in seinem Lebensraum „Herr im eigenen Hause“ zu sein und ohne wesentliche Beeinträchtigungen eines mul-

tikulturellen Umfeldes gemäß seiner Kultur und Lebensweise leben zu können.

Das Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland geht eindeutig vom im Art. 116 GG definierten Volksbegriff aus und damit von einem „Staatsvolk“, nicht von einer beliebigen Gesellschaft.

Mit der Förderung einer solchen beliebigen Gesellschaft, deren Bindungen rein materielle sind, stehen Sie nicht nur im Gegensatz zum Grundgesetz, sondern es werden die eingesessenen Bürger ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt.

Mit ihren Forderungen und Positionen, wie „Gleichheit“ in allen Bereichen, ja zum Teil sogar Bevorzugung von Ausländern gegenüber Deutschen, verkennen Sie, daß man erst durch die Staatsbürgerschaft zum „Bürger mit allen Rechten und Pflichten“ wird.

Die Gleichstellung aller zufällig in Nürnberg lebenden Menschen mit Staatsbürgern stellt einen Angriff auf unser Gemeinwesen dar, der von der Mehrheit der Bürger abgelehnt wird!

Ralf Ollert

Grundatzerklärung BIA-Stadtratsgruppe zum Haushalt 2009

Nürnberg: Mehr Schulden als je zuvor

Kaum war die Oberbürgermeister- und Stadtratswahl im März vorbei, konnte man den Bürgern die Wahrheit über die finanzielle Lage Nürnbergs nicht mehr vorenthalten.

Und die Wahrheit ist, daß die Stadt Nürnberg höher verschuldet ist denn je. Die Versicherungen, über ein Ende der Schuldenmacherei zum Schuldenabbau zu kommen, waren nur leere Versprechungen. In Wirklichkeit war dieses Ziel mit dieser Politik nie realistisch.

Heute heißt es im Bericht des Finanzreferates wörtlich: „Das ursprünglich geplante, ohnehin nur auf dem Papier bestehende Ziel der Neuverschuldung Null ab 2010 muß verschoben werden.“ Der Finanzplanbeschluß vom 23.11.2006 ist also das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht – wie so vieles andere, das die herrschenden Parteien unserem geduldigen Volk versprechen und versichern. Die Wählertäuschungen gehen munter weiter.

Eine Entwicklung, die ich bereits in meiner Grundsatzklärung im letzten Jahr angesprochen habe, in dem ich ausführte, daß der Ratschlag des aus seinem Amt gedrängten Stadtkämmerers Köhler, „der nächsten Generation eine Chance zu geben“ wohl ungehört verhallen wird. Weiter sagte ich, daß die Wiedereinführung eines eigenständigen Finanzreferates, mit einem SPD-Referenten an der Spitze, keinen Anlaß zu Optimismus gibt, sondern die Bereitschaft zu neuen zusätzlichen Geldausgaben wachsen wird. Und genauso ist es jetzt gekommen. Statt weniger Schulden werden wieder mehr gemacht.

War die Nettoneuverschuldung 2008 noch 31,2 Mio. (T) Euro, so sind für das Jahr 2009 rd. 68 Mio. Euro vorgesehen, eine

Steigerung von 122 Prozent. Damit klettern die Schulden der Stadt Nürnberg auf fast 1,1 Milliarden Euro im Kernhaushalt und auf 1,733 Mrd. Euro mit den städtischen Eigenbetrieben.

Trotzdem wurden und werden von den Stadtratsfraktionen immer wieder Beschlüsse ohne finanzielle Deckung über neue Ausgaben gefaßt. Auch hier sollte man sich doch an die offenkundig leider wenig bekannte Stadtratsgeschäftsordnung halten, in der es unter § 25 heißt: „Soweit ein Antrag Ausgaben verursacht, muß er gleichzeitig Deckungsvorschläge enthalten.“

Insgesamt sollen bis 2012 rund 230 Mio. Euro neue Schulden gemacht werden und dann, so die neue Ansage, soll mit der Konsolidierung der Finanzen begonnen werden. Da kann man nur fragen: „wer glaubt so etwas eigentlich noch?“ Bereits jetzt ist der Haushalt 2009 aufgrund der negativen Entwicklung der konjunkturellen Lage und den damit sicher verbundenen Steuermindereinnahmen mit nicht unerheblichen Unsicherheiten verbunden. Insbesondere der wichtige Bereich der Gewerbesteuer sowie Kostenentwicklungen im Energiebereich und auf dem Zinsmarkt sind dabei relevant. Dazu kommen für die Zukunft noch die Risiken aus dem sogenannten „Cross-Border-Leasing“ mit Investoren aus den USA, wo das kriminelle Finanzsystem immer mehr in sich zusammenbricht und uns wie in einem Strudel mit hinunterzuziehen droht. Wenn ich vom Finanzreferat lese, daß in den nächsten Jahren der Verlustausgleich z.B. des Klinikums sinken soll und die Sparkasse Gewinnausschüttungen in die Stadtkasse vornehmen soll, dann fehlt mir hier nicht nur



Nürnberg's Herrschende nehmen trotz Schuldenbergs immer wieder Geld für überflüssige Ausgaben in die Hand. Foto: meyer

der Glaube daran, sondern diese Vorhersagen sind auch sachlich nicht untermauert. Gerade bei den explodierenden Kosten im Gesundheitsbereich und aufgrund der Tatsache, daß das Bankengewerbe aufgrund der Finanzkrise selbst Unterstützung braucht.

Fest steht, daß die Stadtverwaltung einen Schuldenberg aufhäuft, für den auch in diesem Jahr rund 57 Mio. Euro Zinsen gezahlt werden müssen, was für die zukünftigen Generationen eine enorme Belastung darstellt. Treffen die optimistischen Zukunftsprognosen nicht ein, ist das Ende der „Fahnenstange“ bald erreicht – mit unabsehbaren Folgen. Es wird bei den Investitionen damit argumentiert, daß die größten davon etwa 2012 abgeschlossen seien und dann gespart werden

könnte. Ich glaube jedoch nicht, daß in einer Stadt wie Nürnberg irgendwann keine größeren Investitionen mehr nötig sind.

Deshalb wäre es vernünftiger, auch jetzt, bei unbestrittenem Bedarf, Maß zu halten und Investitionen zu strecken, wo dies möglich ist. Auch sollte man in Zeiten knapper Kassen sich auf Wesentliches konzentrieren und das finanzieren, was einen unmittelbaren Nutzen für die Bürger hat. Sicherlich kann eine neue Delphin-Lagune ein reizvolles Projekt sein.

Aber wenn kein Geld da ist und in der Bürgerschaft wegen des Tierschutzes erhebliche Bedenken bestehen, kann man eben auch keine 24 Mio. Euro dafür ausgeben. Genauso kann die Verwirklichung einer nicht unbedingt notwendigen Straßenbahnführung durch die

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Satz und Druck: E.i.S.
Nächste Ausgabe: bis zum 30.06.2009

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg
Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Fortsetzung von Seite 2

Pillenreuther Straße fallengelassen werden, da die Anwohner ohnehin dagegen sind. Und die Sanierung des maroden Z-Baues kann ebenfalls unterbleiben, wie auch eine aufwendige Neugestaltung der Beckschlagergasse mit Anwohnerbeiträgen. Dies alles können Nürnbergs Bürger verschmerzen. Die ständig steigenden Gebühren und Abgaben aller Art belasten diese jedoch zunehmend. Es sollte deshalb alles getan werden, um die Bürger nicht weiter zu belasten, sondern möglichst zu entlasten. Hier sollten alle Stadträte an den ehemaligen Kollegen Fett zurückdenken, der angesichts der ständigen Erhöhungen von Abgaben und der Fahrpreise im Öffentlichen Nahverkehr den schon fast legendären Ausspruch „Ihr habt doch einen Badscher“ in die Runde rief, bevor er einen Tage später wohl zurückgetreten wurde.

Die Stadtratsgruppe der BIA wird den vorliegenden MIP und den Haushaltsplanentwurf für 2009 ablehnen. Wir waren bei den Verhandlungen wie immer ausgegrenzt und in keiner Weise beteiligt. Mit immerhin genau 30 Änderungsanträgen haben wir uns auf die freiwilligen Zuschüsse konzentriert, um auch hier deutlich zu machen, daß die Stadtverwaltung nicht alle Privatinteressen von Randgruppen finanzieren müßte, sondern sich mit ihren finanziellen Mitteln darauf konzentrieren sollte, was tatsächlich konkret die Daseinsvorsorge der Bürger unterstützt und unseren Familien hilft.

Ich merke auch in diesem Jahr wieder an, daß die Stadtratsfraktionen nicht bereit sind, – auch hier liegen von uns wiederholte Anträge – vor, selbst auf geringfügige Kürzungen ihrer Pfründe zu verzichten und mit gutem Beispiel beim Sparen voranzugehen. Eine notwendige Verwaltungsreform, die wir immer wieder anmahnten,

**Ralf Ollert, Sprecher
BIA-Stadtratsgruppe
BIA**

wurde inzwischen vorläufig auf das Jahr 2014 nach der nächsten Stadtratswahl vorschoben.

Eine wesentliche Frage für eine Großstadt wie Nürnberg ist zweifellos die soziale Komponente. Hier liegt ein Schwerpunkt der Ausgaben. Für die Grundsicherung nach SGB II müssen 2009 90,4 Mio. Euro aufgebracht werden – und für die Grundsicherung im Alter 30 Mio. Euro. Jeweils bei einem Ausländeranteil von rund 45 %, bei der Alters-Grundsicherung entfallen 2/3 der Kosten auf die Versorgung von Ausländern.

Dies, meine Damen und Herren, ist auf Dauer nicht hinnehmbar. Die **Bürgerinitiative Ausländerstopp** fordert deshalb auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen eine Streichung aller freiwilligen Zuschüsse an Ausländer und Asylbewerber.

Wir wollen eine Politik, die alle Anreize zum weiteren Zuzug von Ausländern vermeidet und mit rechtsstaatlichen Mitteln eine Verringerung der Ausländerzahl auch in Nürnberg zum Ziel hat. Dies ist notwendig, um unseren Sozialstaat zu erhalten und sicherzustellen, daß unser Nürnberg eine wohnliche deutsche Stadt bleibt oder in manchen Quartieren auch erst wieder wird. Das geht aber nicht mit einer Politik, die immer mehr gewachsene Gemeinsamkeiten und Traditionen zerstört und eine Multikulti-Gesellschaft favorisiert, die rein materialistische Ziele hat und deren einzige Bindung an unser Gemeinwesen die zu den Sozialsystemen ist. Echte Solidarität und soziale Gerechtigkeit kann es nach unserer Überzeugung nur in einer Gemeinschaft geben, die auf der Basis von gemeinsamen kulturellen und ethischen Grundwerten aufgebaut ist. Für diese Gemeinschaft der Deutschen werden wir uns auch zukünftig politisch mit ganzer Kraft einsetzen.

**Ralf Ollert, Sprecher
BIA-Stadtratsgruppe**

Staatsanwalt Reusch: Ausländische Täter wollen ihre Opfer demütigen und erniedrigen



Roman Reusch

Auf der letzten Seite dieser Ausgabe finden sich besorgniserregende Berichte über multikulturelle Gewalttaten durch Ausländer und Antifa-Chaoten sowohl gegen nationalbewußte Deutsche wie auch gegen deutsche Polizisten.

In Berlin ist kürzlich der stellvertretende Direktor der Gottfried-Kinkel-Oberschule von einem Schüler »mit Migrationshintergrund« und zwei Männern

so schwer zusammengeschlagen worden, daß er im Krankenhaus behandelt werden mußte. Der ausländische Siebtklässler hatte zuvor den Unterricht gestört, wurde deshalb von seiner Lehrerin des Raumes verwiesen und hatte dann offenbar seine Cousins gerufen. In der letzten Ausgabe hat diese Zeitung über die Thesen des Berliner Leitenden Oberstaatsanwalts Roman Reusch berichtet, die in dieser Ausgabe fortgesetzt wird.

Reusch ist nach Ansicht der auflagenstärksten deutschen Tageszeitung einer der wenigen im Lande, der Fakten beim Namen nennt, ohne sich um politisch-korrekte Denkverbote zu kümmern. Deshalb nennt die *Bild-Zeitung* Reusch »Deutschlands mutigsten Staatsanwalt«. In der kriminologischen Analyse »Migration und Kriminalität« untersucht Reusch Aspekte und Lösungsansätze für eine erfolgreiche Integration. Er stellt fest, daß überwiegend ausländische Täter bei Begehung ihrer Taten auch stets Wert darauf legen, »ihre Opfer zu demütigen und zu erniedrigen, woraus sie für sich selbst ein weiteres Mal Bestätigung ziehen«. Reusch weiter: »Auch in ihrem Tagesablauf führen sie sich fast schon als Protagonisten der Spaßgesellschaft auf: Sie beginnen den Tag mit Ausschlafen, da sie im allgemeinen den Schulbesuch seit längerer Zeit aufgegeben haben, lassen sich von den weiblichen Angehörigen ihrer Familie bedienen und machen den Rest des Tages ›nen dicken Otto«, haben also jede Menge Spaß.« Dies mache, so Reusch, die Größe der Aufgabe deutlich, die sich allen stelle, die von Berufs wegen mit dieser Form jugendlicher Devianz (*abweichendem Verhalten*) befaßt sind. Reusch: »Bevorzugtes Delikt ›unserer‹ Täter ist der Raub in öffentlichen Räumen, also auf der Straße, in Verkehrsmitteln, auf Spielplätzen etc., da dort am leichtesten willkürlich ausgesuchte Opfer zu finden sind. Daneben werden aber auch handfeste bewaffnete Raubüberfälle auf Geschäfte aller Art, Lokale etc. sowie Einbrüche begangen.« Örtlich am meisten heimgesucht werden laut Reusch die Wohnbezirke der Täter selbst, hier kennen sie sich aus, haben jederzeit halbwegs sichere Rückzugsräume, genießen »Respekt«, das heißt, man fürchtet sie.

Roman Reusch, Leitender Oberstaatsanwalt in Berlin, in einem Vortrag mit dem Titel »Migration und Kriminalität – Rechtstatistische und kriminologische Aspekte und Lösungsansätze für eine erfolgreiche Integration«.

Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg

Besuchen Sie uns im Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

In Meckenheim: Multikulturelle Gewaltwelle

Neues aus
dem
Nürnberger Stadtrat:

Im beschaulichen Meckenheim terrorisieren Jugendbanden mit Migrationshintergrund die verbliebene einheimische Restbevölkerung.

Drohend ist an Hauswände geschmiert: „Kein Durchgang für Deutsche!“ Dazu zerschlagene Fensterscheiben, brennende Mülltonnen, zerkratzte Autos. Busse werden mit kiloschweren Betonsteinen beworfen.

Unlängst steckten sogenannte jugendliche „Intensivtäter“ mit Migrationshintergrund die örtliche Schulsporthalle in Brand. 150 Feuerwehrleute verhinderten eine Katastrophe. Der zuständige Haftrichter setzte die beiden dringend Tatverdächtigen sofort wieder auf freien Fuß. Begründung: keine Wiederholungsfahrer, da die Halle bereits



BIA-Stadtrat Ralf Ollert prangert multikulturelle Gewalt an

in Schutt und Asche liegt.

Im Netz heißt es über Meckenheim: „Mecktown ist eine der härtesten Städte mit Frankfurt

und Berlin! Die ganzen Kurden und Türken hier sind Kickboxer oder Junkies mit richtigen Waffen.“ In der Lokalpresse beklagen sich Polizisten (vorsichtshalber anonym), daß Politik und Justiz vor den Migrationsproblemen regelrecht kapituliert hätten.

Und der örtliche „General-Anzeiger“ teilt seinen Lesern mit, er nenne weder die Namen noch die Nationalität der Täter, weil sonst deren Resozialisierung gefährdet sei... (Dies kennt man auch von der Nürnberger Presse, Anm. der Redaktion)

Es ist allerhöchste Zeit, daß in Meckenheim und anderswo die Samthandschuhe ausgezogen und die Täter nach rechtsstaatlichen Prinzipien bestraft und konsequent abgeschoben werden.

Stadtratssitzungen 2009

Jeweils um 15 Uhr
im Rathaus, Fünferplatz

18.2./ 25.3./
29.4./ 27.5./
24.6./ 22.7./
23.9./ 21.10./
16.12.

Haushaltsberatungen:

19.11. und 20.11.
jeweils ab 9 Uhr

**Besuchen Sie die
öffentlichen Sitzungen des
Nürnberger Stadtrates!**

<http://www.auslaenderstopp.de>

Antifa-Gewalt: Über 400 Angriffe auf Polizei

Die Polizei in Deutschland wurde im vergangenen Jahr über vierhundert Mal Ziel links-extremer Angriffe.

Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche (parteilos) hervor.

Demnach hätten die Landeskriminalämter dem Bundeskriminalamt 425 Delikte mit dem „Angriffsziel Polizei“ gemeldet.

Bei 281 dieser Straftaten handelte es sich um Gewaltdelikte, bei denen 84 Personen verletzt worden seien. Die Zahl könnte

allerdings noch steigen.

Laut dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium, August Hanning, hätten die Länder noch bis zum 31. Januar Zeit, politisch motivierte Straftaten für 2008 zu melden.

„Diese Zahl zeigt eindeutig, von wem in diesem Land die wirkliche Gefahr ausgeht“, bewertete Nitzsche das Ergebnis seiner Anfrage gegenüber der *Jungen Freiheit*.

Dennoch werde in diesem Fall kein Politiker einen „runden Tisch“ gegen Linksextremismus fordern, und auch im Blätterwald

finde sich kaum eine Schlagzeile darüber. „Es ist wohl kaum vorstellbar, was passieren würde, wenn hierzulande Rechtsextremisten nahezu täglich Polizisten angreifen würden“, so Nitzsche. Anscheinend komme es aber weniger darauf an, wer das Opfer sei, sondern aus welchem politischen Lager der Täter stamme.

Während linksextremistische Gewalt weitgehend verschwiegen wird, wurde im Kriminalfall „Mannichl“ eine bundesweite Hetzkampagne entfacht, mit dem Tenor eines angeblichen rechtsradikalen Täters, gipfelnd



BIA-Stadtrat Sebastian Schmaus kritisiert Antifa-Gewalt gegen Polizisten

in der Forderung nach dem Verbot der NPD, die nachweislich rein gar nichts damit zu tun hatte.